

Zuerst für Gemeinderäte, dann für Bürger

Staatliches Bauamt informiert über Ausbau der B16 - Bürgerinitiative fordert externes Gutachten

erstellt am 04.06.2021 um 18:35 Uhr

Manching - Die Pläne zu einem Ausbau der B16 bei Manching beschäftigen Politik und Bürger - nicht nur in der Marktgemeinde.

Vertreter des Staatlichen Bauamts - die Behörde ist für die Maßnahme zuständig - wollen sowohl den Gemeinderäten als auch den Bürgern die Planungen erklären. In der Gemeinderatssitzung in Manching am 24. Juni steht das Bauamt den Gemeinderäten Rede und Antwort.

Für die Bürger gibt es eine gesonderte Infoveranstaltung. Der Termin hierfür ist für den 1. Juli vorgesehen, teilt der Markt Manching mit. Dabei geht es ausschließlich um den vierspurigen Ausbau der B16. Die Zuschauer können Fragen stellen. Ob die Veranstaltung in der Mehrzweckhalle im Lindenkreuz oder alternativ im Freien stattfindet, muss noch geklärt werden.

Eine schriftliche Anmeldung per E-Mail an vorzimmer-bgm@manching.de ist nötig. Bei der Anmeldung sind die laut Infektionsschutzgesetz nötigen Angaben zur Kontaktverfolgung zu machen: Name, Vorname, Straße, Ort, Telefonnummer, E-Mail-Adresse. Einlass nur mit schriftlicher Bestätigung durch das Vorzimmer des Bürgermeisters, die vorab per E-Mail zugeht. Die Sitzplatzvergabe erfolgt nach Eingang der Anmeldung. Bei der Veranstaltung gilt FFP2-Maskenpflicht und die zu diesem Zeitpunkt geltenden Hygienevorschriften.

Unterdessen hat auch die Bürgerinitiative gegen den Ausbau der Bundesstraße 16 zu den Plänen Stellung bezogen. Die BI erinnert zunächst an den einstimmigen Gemeinderatsbeschluss Ende 2019, als die geplanten durchgehenden Seitenstreifen und der Mittelstreifen zwar abgelehnt, ein Kleeblatt am Autobahnanschluss und der vierspurige Ausbau jedoch befürwortet wurden. Nach Informationen der BI sollen Teile der CSU-Fraktion sich davon mittlerweile verabschiedet haben, während einige neue Räte offenbar die Vorstellung der Pläne abwarten wollen.

Was die breite Öffentlichkeit wolle, werde sich erst nach der Bürgerversammlung zeigen, so die BI, die in einer Mitteilung bedauert, dass ein Bürgerentscheid nicht möglich sei, weil es um eine Angelegenheit des Bundes geht. Die Bürgerinitiative wendet sich gegen den Ausbau der B16 in der jetzt geplanten Version, gegen die Vierspurigkeit, gegen die Trennung der Ortsteile und gegen das "flächenfressende Kleeblatt" und spricht sich stattdessen für eine intelligente Ampelschaltung und eine Einhausung aus. Dies sehe eine zunehmende Zahl von Manchingern ähnlich, wie auch die mit der BI kooperierenden Organisationen wie Bund Naturschutz, Landesbund für Vogelschutz, Fridays for Future, Grüne und ÖDP. Den Umweltbehörden sei das Projekt bislang noch nicht vorgelegt. Von weitgehender Einstimmigkeit könne man daher nicht sprechen.

"Als Kompromiss fordert die BI erstmal ein externes Gutachten bezüglich Untersuchung und Darstellung von Alternativen sowie den Ausbau von alternativen mobilen Möglichkeiten und die Ausweisung von attraktivem, bezahlbarem und ökologischem (genossenschaftlichem) Wohnbau, um Pendlerströme erst gar nicht entstehen zu lassen", heißt es in der Mitteilung weiter. Außerdem sollten weitere verkehrssensitive Logistik- und Einkaufszentren an der B16 verhindert werden. DK

© donaukurier.de

URL: <https://www.donaukurier.de/lokales/ingolstadt/Verkehr-Ingolstadt;art599,4780579>